AD: „**Die finanzielle Situation der sozialen Einrichtungen in BW in der Zeit der Krise“ –** 28.06.2023

* Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mich vorab bei der SPD für die Anmeldung dieser Aktuellen Debatte bedanken.

Ich teile die Einschätzung, dass es wichtig ist, in diesem Hause über die außerordentliche Arbeit und die Bedürfnisse der sozialen Einrichtungen in Baden-Württemberg zu diskutieren.

Wenn wir von sozialen Einrichtungen sprechen, dann muss uns zuallererst klar sein, dass das thematische Arbeitsspektrum sehr breit gefächert ist.

Das betrifft ein sehr breites Feld von Hilfen für Kinder und Jugendliche, für Familien, für Menschen in besonderen und prekären Situationen/Lebenslagen bis hin zu Hilfen für Menschen mit Behinderungen und Dienstleistungen für ältere Menschen.

Mit großem Einsatz, weitreichender Expertise und Einfühlungsvermögen tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Einrichtungen in diesem Land dazu bei, dass wir alle in einem Baden-Württemberg leben dürfen, in welchem **Gerechtigkeit**, **Fürsorge** und **Teilhabe** zu unserem gelebten Alltag gehören.

Und es ist nicht von der Hand zu weisen: Die Auswirkungen der Pandemie und des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine haben auch der Sozialwirtschaft vieles abverlangt: **Inflation**, **steigende Energiepreise**, **Personalmangel** und auch ein über die eigenen Grenzen hinausgehender Einsatz vieler Mitarbeiter\*innen.

Es sind gerade diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die durch die Krise verursachten sozialen Umbrüche bestmöglich abfedern.

*(Zum Beispiel indem sie für ausreichend Essensangebote für Bedürftige sorgen, dass von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen ein Dach über den Kopf bekommen, dass Migrantinnen und Migranten Integrationsmöglichkeiten haben oder dass Kinder in einem gesunden Umfeld aufwachsen und lernen können.)*

Gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass die soziale Infrastruktur in Baden-Württemberg durch die vielen Krisen nicht selbst zu Krisenpatientin wird.

Denn eine nachhaltig wirksame soziale Infrastruktur ist in unser aller Interesse - Investitionen in die soziale Infrastruktur bringen einen vielseitigen gesellschaftlichen Mehrwert. (*Stichwort: Social Return of Investment*)

In der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wird stets betont, dass eine Gesellschaft, die auf die Bedürfnisse von vulnerablen Gesellschaftsgruppen eingeht, weniger krisenanfällig ist.

Wir sind also gut daran beraten den Bedürfnissen der sozialen Einrichtungen genau zuzuhören.

Ganz konkret: Die Frage zur Krisensicherheit der sozialen, Einrichtungen in Baden-Württemberg haben wir im Ausschuss ja bereits schon im Oktober letzten Jahres besprochen – dank eines Antrages der Kollegen Haußmann und Reith.

Seitdem wurden vielseitige Hilfen auf den Weg gebracht, die darauf abzielen die sozialen Einrichtungen in diesen Krisenzeiten zu unterstützen- seitens des Bundes und des Landes.

So hat der Bund **verschiedene Sonderhilfen** zur Abmilderung der Energiekostensteigerungen auf den Weg gebracht, von denen auch die sozialen Einrichtungen in Baden-Württemberg profitieren.

Ich stand schon früh mit verschiedenen Einrichtungen in Kontakt, um zu prüfen ob trotz der Bundeshilfen Lücken für soziale Einrichtungen in Baden-Württemberg entstehen und um zu klären, wie wir als Land **angemessen** darauf reagieren können.

Wir haben im Doppelhaushalt 2023/2024 vorrausschauend einen Mechanismus verankert, der dafür Sorge tragen soll, dass die öffentlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen in diesem Land Hilfe erhalten können.

Für diese Hilfen müssen nachweislich durch die Krise bedingte **Liquiditätsengpässe** bestehen oder eine Gefährdung der **Existenzsicherheit** der Einrichtungen vorliegen.

Hierfür wurde eine Rücklage für Inflation – und Energiepreisrisiken von über **1 Milliarden Euro** im Haushalt verankert.

Hinzukommt, dass wir in den letzten Monaten gezielt **soziale Infrastrukturen** gefördert haben.

Mit zusätzlichen **35 Millionen Euro** fördern wir im jetzigen Doppelhaushalt genau die sozialen Infrastrukturen in Baden-Württemberg, die derzeit in den Krisen vermehrt in Anspruch genommen werden.

Konkret stärken wir die **Hilfsstellen für Wohnungslose**, **für Familien in schwierigen Lagen**, **Angebote für finanziell überforderte Menschen,** sowie die **Tafeln**, **Präventionsnetzwerke gegen Armut** und die **Schulsozialarbeit**.

Für diese zwei Jahre werden außerdem insgesamt **über 86 Millionen Euro** für **das Integrationsmanagement** und für eine **gelingende Integration** vor Ort in den Kommunen zur Verfügung gestellt.

Ich möchte jetzt keine Haushaltsrede halten. Aber Sie sehen doch, dass wir in diesen Krisenzeiten **erheblich** in den **sozialen Zusammenhalt** investieren.

Und ich möchte nicht verhehlen, dass es Besserungsbedarf gibt.

Es gibt Bereiche, bei denen wir bei den kommenden Haushaltsverhandlungen nachlegen müssen – zum Beispiel die Hilfen für dieSuchtberatungsstellen, die ja bereits auch schon mehrfach im Ausschuss besprochen wurden.

Ich möchte am Schluss auch noch auf einen weiteren wichtigen Punkt eingehen.

Seit der Krise haben die sozialen Einrichtungen verstärkt mit einem Personalmangel zu kämpfen und es gibt Einrichtungen, die ihren Leistungsumfang verringern müssen.

Viele Einrichtungen sind jetzt darauf angewiesen für ein Vielfaches des normalen Budgets Zeitleiharbeiter\*innen anzustellen, was die finanzielle Situation der Einrichtungen weiter verschärft.

9 von 10 Träger nennen mir auf meine Frage „Was soll gegen den Personalmangel unternommen werden“ als erstes: **Unternehmt was gegen die Zeitleiharbeit**.

Ich bin Minister Lucha sehr **dankbar**, dass dieser sich bereits mehrfach an die zuständigen Bundesministerien gewendet hat, um die Zeitleiharbeit im Sozialwesen besser und **fairer regulieren** zu können.

Leider sind es vor allem die SPD geführten Häuser, die hier keine Anstalten machen etwas ändern zu wollen.

Es bleibt festzuhalten, dass wir mit verschiedenen Maßnahmen die soziale Infrastruktur in diesen Krisenzeiten fördern und gefördert haben.

Klar ist aber auch, dass wir generell unsere Bemühungen intensivieren müssen, um resiliente soziale Care-Strukturen auszubauen.

Ich würde mir hierfür eine breitere gesellschaftliche Debatte darüber wünschen, was soziale Arbeit uns wert sein sollte.

In Baden-Württemberg gewinnen wir zu dieser Fragestellung wertvolle Erkenntnisse in der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“, die wir nach und nach umsetzten werden.

Ich bedanke mich für die heutige Debatte, die ich sehr für sehr wertvoll erachte.

Bleiben Sie gesund!